

# Der Anspruch auf rechtliches Gehör

von

Dr. Wolfram Waldner, M.A.,

Notar in Bayreuth,  
Lehrbeauftragter an der  
Universität  
Erlangen-Nürnberg

2. neubearbeitete Auflage

2000

Verlag  
Dr. Otto Schmidt  
Köln

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Literaturverzeichnis . . . . .	XIX

<b>§ 1 Bedeutung des rechtlichen Gehörs für die Prozeßpraxis . . . . .</b>	<b>1</b>
--	----------

<b>§ 2 Die Abgrenzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör</b>	
I. Verhältnis zum Beibringungsgrundsatz . . . . .	5
II. Verhältnis zum Justizgewährungsanspruch . . . . .	6
III. Verhältnis zum Gleichheitssatz . . . . .	7
IV. Verhältnis zum Recht auf ein „faires Verfahren“. . . . .	10

<b>§ 3 Das Recht auf Orientierung</b>	
<b>I. Benachrichtigung vom Verfahren . . . . .</b>	<b>13</b>
1. Die Zustellung an den Zustellungsadressaten . . . . .	13
2. Die Ersatzzustellung . . . . .	14
3. Die öffentliche Zustellung . . . . .	15
4. Folgen unterbliebener Benachrichtigung . . . . .	17
a) Wiedereinsetzung . . . . .	17
b) Wiederaufnahme des Verfahrens. . . . .	18
<b>II. Mitteilung von Äußerungen anderer Beteiligter. . . . .</b>	<b>19</b>
1. Pflicht zur Mitteilung . . . . .	19
2. Form der Mitteilung . . . . .	20
<b>III. Das Recht auf Akteneinsicht. . . . .</b>	<b>21</b>

<b>§ 4 Das Recht auf Äußerung</b>	
<b>I. Inhalt des Äußerungsrechts . . . . .</b>	<b>24</b>
<b>II. Umfang des Äußerungsrechts. . . . .</b>	<b>26</b>
1. Potentiell Erhebliches als Gegenstand des Gehörs. . . . .	26
2. Gehör in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht . . . . .	27

	Seite
<b>III. Das Recht, Beweise anzubieten.</b> . . . . .	<b>28</b>
<b>IV. Gegenstände des Äußerungsrechts.</b> . . . . .	<b>32</b>
1. Tatsachen . . . . .	32
2. Beweismittel und Beweisergebnisse. . . . .	34
3. Rechtsausführungen. . . . .	36
<b>V. Anzahl und zeitliche Grenzen der Äußerungen.</b> . . . . .	<b>37</b>
1. Anzahl der Äußerungsgelegenheiten. . . . .	37
a) Erste Instanz. . . . .	37
b) Recht auf einen Instanzenzug?. . . . .	39
2. Zeitliche Grenzen der Äußerung . . . . .	41
a) Grundsatz der ausreichenden Äußerungsmöglichkeit . . . . .	41
b) Länge von Rechtsbehelfsfristen. . . . .	44
<b>VI. Die Gelegenheit zur Äußerung</b> . . . . .	<b>45</b>
1. Keine Pflicht zur Äußerung . . . . .	45
2. Verzicht auf das Äußerungsrecht . . . . .	46
3. Ermöglichung und Erleichterung der Äußerung . . . . .	46
4. Notwendigkeit einer Rechtsbehelfsbelehrung. . . . .	50
<b>VII. Die Form der Gewährung des Äußerungsrechts.</b> . . . . .	<b>51</b>
1. Kein Anspruch auf eine bestimmte Verfahrensart . . . . .	51
2. Äußerungsrecht und mündliche Verhandlung. . . . .	52
a) Grundsatz. . . . .	52
b) Unterlassung vorgeschriebener mündlicher Verhandlung. . . . .	53
c) Teilnahmerecht an mündlicher Verhandlung. . . . .	55
d) Erfordernis mündlicher Verhandlung in Ausnahmefällen. . . . .	55
3. Das Recht auf einen Dolmetscher. . . . .	56
<b>VIII. Rechtliches Gehör und Anwaltsvertretung</b> . . . . .	<b>57</b>
1. Recht auf Äußerung durch einen Anwalt?. . . . .	57
2. Anwaltszwang . . . . .	58
3. Die Zurechnung des Anwaltsverschuldens. . . . .	60
<b>IX. Rechtliches Gehör und Prozeßkostenhilfe</b> . . . . .	<b>61</b>
1. Garantie durch das rechtliche Gehör. . . . .	61
2. Prüfung der Erfolgsaussicht und Mutwilligkeit. . . . .	62
3. Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen. . . . .	64

	Seite
<b>§ 5 Die Pflicht zur Berücksichtigung</b>	
<b>I. Die Pflicht zur Kenntnisnahme und Erwägung</b>	.66
1. Die Formel des BVerfG	.66
2. Der Gegenstand der Berücksichtigungspflicht	.66
3. Die Kenntnisnahme	.68
4. Bedeutung der Berücksichtigungspflicht	.71
5. Grenzen der Berücksichtigungspflicht	.71
6. Urteilsabsetzungsfrist	.73
<b>II. Die Pflicht zur Begründung</b>	.73
1. Grundsatz	.73
2. Einzelfälle übergangenen Tatsachenvortrags	.78
3. Übergangene Rechtsausführungen	.79
<b>§ 6 Das Verbot der Überraschungsentscheidung</b>	
<b>I. Die richterliche Hinweispflicht</b>	.81
<b>II. Das Rechtsgespräch</b>	.82
<b>III. Das Verbot der Überraschungsentscheidung</b>	.84
1. Der Fall des § 278 III ZPO	.85
2. Weitere Fälle von Überraschungsentscheidungen	.89
<b>§ 7 Fristwahrung, Wiedereinsetzung, Vertagung, überlange Verfahrensdauer</b>	
I. Fristwahrung	.92
II. Wiedereinsetzung	.96
III. Die Vertagung von Terminen	.100
IV. Überlange Verfahrensdauer	.103
<b>§ 8 Die Präklusion verspäteten Vorbringens</b>	
<b>I. Zulässigkeit von Präklusionsbestimmungen</b>	.105
<b>II. Grenzen der Präklusionsbestimmungen</b>	.106
1. Allgemeines	.106
2. Fehlerhafte Anwendung der Präklusionsvorschriften	.106
a) Subsumtionsfehler	.107
b) Interpretationsfehler	.110
c) Analoge Anwendung der Präklusionsnormen?	.115
3. Präklusion in der Berufungsinstanz	.115

**§ 9 Die Inhaber des Anspruchs auf rechtliches Gehör**

<b>I. Die möglichen Anspruchsträger</b> . . . . .	.117
1. Natürliche und juristische Personen . . . . .	.117
2. Inländer, Ausländer und Staatenlose . . . . .	.118
3. Unabhängigkeit von der Prozeßfähigkeit . . . . .	.119
a) Trennung von Anspruch und Ausübung . . . . .	.119
b) Folgerungen aus der Trennung von Anspruch und Ausübung . . . . .	.120
aa) Reihenfolge der Prüfung der Prozeßvoraussetzungen . . . . .	.120
bb) Prozeßfähigkeit in der Zwangsvollstreckung . . . . .	.120
cc) Nichtigkeitsklage bei Prozeßunfähigkeit . . . . .	.121
4. Zeugen, Sachverständige, Anwälte, Zuhörer . . . . .	.121
<b>II. Der Anspruch materiell betroffener Dritter</b> . . . . .	.122
1. Grundsatz . . . . .	.122
2. Eingrenzung des Begriffs der materiell Betroffenen . . . . .	.124
a) Erfordernis rechtlicher Betroffenheit . . . . .	.124
b) Unmöglichkeit anderer Abwehr des Eingriffs . . . . .	.125
c) Die Formel des BVerfG . . . . .	.125
3. Einzelfälle . . . . .	.126
a) Vaterschaftsanfechtungsprozeß . . . . .	.126
b) Klage auf Feststellung des Nichtbestehens einer Ehe . . . . .	.128
c) Eheaufhebungsklage . . . . .	.128
d) Ehescheidungsverfahren . . . . .	.129
e) Adoptionsverfahren . . . . .	.129
f) Gesellschaftsrechtliche Auflösungsklagen . . . . .	.129
g) Fälle materiellrechtlichen Schutzes . . . . .	.130
h) Fälle materiellrechtlicher Abhängigkeit . . . . .	.130
4. Eingrenzungen aus der Bedeutung des Hauptprozesses . . . . .	.134
5. Die Form der Beteiligung Drittbetroffener . . . . .	.135
a) Beteiligung durch Nebenintervention . . . . .	.135
b) Zuladung des Drittbetroffenen . . . . .	.135
6. Die Folgen der Nichtbeteiligung . . . . .	.136

**§ 10 Vom Anspruch auf Gehör erfaßte Verfahren**

<b>I. Gewährleistung durch Verfahrensrecht und Verfassungsrecht</b> . . . . .	.139
1. Gehör vor Gericht . . . . .	.139
2. Unabhängigkeit von der Geltung des Beibringungsgrundsatzes . . . . .	.141

	Seite
3. Der Satz von der „unmittelbaren Geltung“ . . . . .	142
4. Gehörs-gewährung als Ermessens-schranke . . . . .	142
<b>II. Ordentlicher Zivilprozeß</b> . . . . .	<b>143</b>
1. Nicht rechtsbeeinträchtigen-de Entscheidungen . . . . .	144
a) Prozeßtechnische Entscheidungen . . . . .	144
b) Vorbereitende Entscheidungen . . . . .	144
2. Rechtsbeeinträchtigen-de Entscheidungen . . . . .	145
a) Einzelfälle des erstinstanzlichen Erkenntnisverfahrens . . . . .	145
aa) Zuständigkeitsbestimmungsverfahren . . . . .	145
bb) Verweisungsverfahren . . . . .	145
cc) Aussetzung des Verfahrens . . . . .	146
dd) Übertragung auf den Einzelrichter . . . . .	146
ee) Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit . . . . .	146
ff) Selbstablehnung eines Richters . . . . .	147
gg) Entscheidung über die Wiedereinsetzung . . . . .	148
hh) Zurückweisung von Vorbringen . . . . .	148
ii) Aufnahme ins Protokoll . . . . .	149
jj) Prozeßkostenhilfebewilligungsverfahren . . . . .	149
kk) Kostenrechtliche Verfahren und Entscheidungen . . . . .	152
ll) Sitzungspolizeiliche Maßnahmen . . . . .	153
mm) Erledigung der Hauptsache . . . . .	153
b) Rechtsmittelverfahren . . . . .	154
aa) Beschwerdeverfahren . . . . .	154
bb) Vorlageverfahren . . . . .	155
c) Geltung in der Zwangsvollstreckung . . . . .	156
aa) Klauselerteilung . . . . .	156
bb) Pfändungsvorschriften . . . . .	157
cc) Verwertungsbestimmungen . . . . .	157
dd) Einstellung der Zwangsvollstreckung . . . . .	158
ee) Bestimmung des Zwangsversteigerungsgerichts . . . . .	158
<b>III. Besondere Verfahrensarten</b> . . . . .	<b>158</b>
1. Besondere Arten des Erkenntnisverfahrens . . . . .	158
a) Das Mahnverfahren . . . . .	159
b) Das Versäumnisverfahren . . . . .	159
c) Abänderungsklage . . . . .	160
2. Summarische Verfahren . . . . .	161
3. Überraschungsmaßnahmen in der Zwangsvollstreckung . . . . .	163
a) Allgemeines . . . . .	163
b) Einzelfälle . . . . .	164

	Seite
aa) Forderungspfändung . . . . .	.164
bb) Richterliche Durchsuchungsanordnung . . . . .	.165
c) Insolvenzverfahren . . . . .	.165
<b>§ 11 Die „Ausnahmen“ vom Grundsatz des rechtlichen Gehörs</b>	
<b>I. Fälle entbehrlichen Gehörs.</b> . . . . .	.166
1. Einseitig nicht rechtsbeeinträchtigende Entscheidungen . . . . .	.166
2. Weitere Fälle entbehrlichen Gehörs?. . . . .	.168
<b>II. „Ausnahmen“ in besonderen Verfahrensarten.</b> . . . . .	.169
<b>§ 12 Die Folgen der Verletzung des rechtlichen Gehörs im Zivilprozeß</b>	
<b>I. Keine Nichtigkeit der Entscheidung.</b> . . . . .	.171
<b>II. Heilung des Mangels.</b> . . . . .	.172
1. Heilung in derselben Instanz . . . . .	.172
2. Heilung in der Rechtsmittelinstanz . . . . .	.172
<b>III. Folgen im Berufungs- und Revisionsverfahren.</b> . . . . .	.174
1. Berufung . . . . .	.174
2. Revision . . . . .	.175
a) Beruhensprüfung . . . . .	.175
b) Nachprüfung von Vorentscheidungen . . . . .	.177
<b>IV. Kostenfolgen.</b> . . . . .	.178
<b>§ 13 Die Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs</b>	
<b>I. Allgemeines.</b> . . . . .	.180
<b>II. Bedeutung der Verfassungsbeschwerde.</b> . . . . .	.182
<b>III. Die Überlastung des BVerfG.</b> . . . . .	.182
1. Die Änderungen des BVerfGG von 1985 und 1993. . . . .	.183
2. Annahme zur Durchsetzung des Rechts auf Gehör. . . . .	.184
3. Vergleichsweise Beilegung. . . . .	.185
4. Selbstkontrolle der Fachgerichte. . . . .	.186
<b>IV. Umfang der Prüfung durch das BVerfG.</b> . . . . .	.186
1. Prüfungskompetenz im allgemeinen . . . . .	.186
2. Unmittelbare und mittelbare Grundrechtsverletzung . . . . .	.188

	Seite
3. Prüfungskompetenz bei Art. 103 I GG. . . . .	.189
a) Übereinstimmung von Verfassungsrecht und einfachem Recht . . . . .	.189
b) Die Lehre von der „Minimalgarantie“. . . . .	.192
c) Die Prüfung der tatsächlichen Voraussetzungen der Gehörsverletzung . . . . .	.194
<b>V. Kausalitätsprüfung</b> . . . . .	.194
1. Voraussetzung einer zulässigen Verfassungsbeschwerde . . . .	.194
2. Potentielle Erheblichkeit des Vorbringens. . . . .	.195
3. Notwendigkeit des Beruhens. . . . .	.195
<b>§ 14 Die Selbstkontrolle der Zivilgerichte</b> . . . . .	.197
<b>I. Erweiterung des Instanzenzugs.</b> . . . . .	.198
1. Grundsatz der Unanfechtbarkeit . . . . .	.198
2. Ausnahmen im Beschlußverfahren . . . . .	.199
a) Unanfechtbare erstinstanzliche Entscheidungen. . . . .	.199
b) Nicht weiter anfechtbare zweitinstanzliche Entschei- dungen . . . . .	.201
3. Ausnahmen im Urteilsverfahren. . . . .	.202
<b>II. Korrektur in derselben Instanz</b> . . . . .	.205
1. Gegenvorstellung im Beschluß verfahren. . . . .	.205
2. „Anhörungsrüge“ im Urteilsverfahren. . . . .	.206
3. Urteilsberichtigung und Ergänzungsurteil. . . . .	.207
a) Verurteilung einer nichtbeteiligten Partei. . . . .	.207
b) Verurteilung ohne Antrag . . . . .	.208
c) Revisionszulassung durch Ergänzungsurteil?. . . . .	.208
<b>III. Wiederaufnahme des Verfahrens.</b> . . . . .	.209
<b>§ 15 Zusammenfassung und Hinweise für die Verfassungs-     beschwerde</b> . . . . .	.211
Sachregister. . . . .	.215